

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensitzung vom 13. März.

Am Ministertische: Dr. Sydow.
Die Beratung des Haushaltsplans der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Rosenow (Fortf.): Der Fall Daimler darf nicht verallgemeinert werden. Der Kriegswucher muß an den Pranger gestellt werden. Die Hauptfrage ist, daß der Friede bald kommt. Die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 ist in dem Schimpfjudag der Vaterlands-Partei falsch zitiert worden. (Unruhe rechts.) Der Präsident ermahnt den Redner zur Sache.) Das königliche Wahlrechtsversprechen muß eingehalten werden. (Präsident Graf Schwerin-Löwisch: Wir haben jetzt doch keine Wahlrechtsdebatte!) Die Böhmenten könnten wieder frei aufgelegt werden, dadurch würden die Kriegsanleihen nicht benachteiligt werden. Die 8. Kriegsanleihe wird den Feinden zeigen, daß Deutschlands Wirtschaft nicht zu erschüttern ist. (Beifall.)

Handelsminister Dr. Sydow: Dem Wunsche auf allgemeine Veröffentlichung der amtlichen Kursnotierungen an der Berliner Börse kann ich nicht entsprechen. Der bisher verfolgte Zweck, das Publikum vor Übernützung zu schützen, wird durch die Befanntgabe an die Banken erreicht. Das Bohrtungswesen wird in einem Ressort zusammengefaßt werden. Ich bin bereit, die werbliche Hilfe bei der Gewerbeausbreitung zu vermehren, namentlich da, wo Frauenarbeit geleistet wird. Durch die gebotene sorgfältige Ausbildung der Mittelfrauen wird die Zahl allerdings beschränkt. Auch ich widerspreche einer Generalisierung des Falles Daimler. Die Leitung des Werkes hat ihren Sitz in Stuttgart, wo sich auch die getadelten Vorgänge abgespielt haben. Ich kann die Sache nicht nachprüfen, sondern werde abwarten, was dabei herauskommt. Allerdings kommt der Lohn um das goldene Kalb jetzt ziemlich überall vor. Gegen das Sinken der Moral der Gesamtbevölkerung anzugehen, wird jeder anfängliche Mensch für seine Pflicht halten. Man darf aber aus solchen Dingen nicht folgern, daß wir in Deutschland den Krieg als kapitalistischen Krieg begonnen hätten und fortführten. Wir befinden uns in diesem Krieg auch wirtschaftlich in der Defensive. Eingehend legte dann der Minister Englands Kriegsgründe und -ziele dar. Der deutsche Handel und Industrie solle vernichtet werden. Nicht nur die ausländischen Rohstoffe wollen man uns abschneiden, sondern uns auch die eisernen Rüstgebiete nehmen. Die Arbeiter sollten erkennen, daß sie, wenn sie für einen guten wirtschaftlichen Frieden einträten, es im eigenen Interesse täten.

Abg. Hammer (lon.): Ein Teil meiner Freunde wird dem Antrage der Kommission auf Schaffung von Seemannsschulen in Danzig und anderen Großstädten zustimmen, ein anderer Teil aber dafür, diese Schulen in kleinen Städten zu errichten. Durch den Krieg ist das Handwerk in Mitleidenschaft gezogen. Durch den Rohstoffmangel sind viele Betriebe stillgelegt und werden es voraussichtlich bleiben. Darin liegt eine große Gefahr. Das Reich muß sich darauf besinnen, daß es auch Pflichten hat und nicht nur Rechte. Es darf nicht alles auf die Bundesstaaten abwälzen. Bei Herbeslieferungen darf das Handwerk nicht ausgeschlossen werden. Offiziere, die kein Verständnis für das Handwerk haben, gehören nicht auf Posten, die Herbeslieferungen zu veranlassen haben. Größter Wert ist auf die Erziehung von Rohstoffen aus den tropischen Ländern zu legen. Aufgrund der Reichstagsresolution werden wir aber nicht dazu kommen. Wichtig für das Handwerk ist auch die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften. Bei der Vorbereitung von Handelsverträgen müssen auch Vertreter des Handwerks herangezogen werden. Wünschenswert ist die Schaffung eines Unterstaatssekretariats für das Handwerk. Zur Kriegswucher-Ordnung habe ich beantragt folgende Bestimmungen einzufügen: „Gewinne, die neben angemessener Lebensführung des Unternehmers und seiner Familie nur den Fortbestand des Unternehmens sicherstellen, fallen nicht hierunter.“ Wer Kriegswucher treibt, vermag gleichwohl wer es ist, dahin gehen, wohin ihn der Richter schick. (Beifall rechts.) Vor der Beratung von Anträgen wegen Überschreitung der Beschränkungen sind Sachverständige zu hören. Wie ich Herr Rosenow die Beschaffung von Rohstoffen vorstellte, wenn die Reichstagsresolution Geltung behält, ist nicht zu verstehen. Sie belastet Kinder und Kindeskinde mit Milliarden, die wir selbst aufzubringen haben. (Beifall rechts.) Möge der Herr uns vor einem solchen Zuschussfrieden bewahren. (Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Sydow: Da der Antrag Hammer dem Sinne der Kriegswucher-Ordnung Rechnung trägt, kann ich ihm zustimmen. Den Handelskammern steht nichts im Wege, an dem Wiederaufbau des Handwerks mitzuwirken, nur dürfen sie selbst sich geldlich nicht engagieren.

Abg. Coburg (Ztr.): Die Kriegswucher-Ordnung hat die Interessen des soliden Handels nicht schädigen. Die Zwangswirtschaft muß so bald als möglich verschwinden.

Abg. Kärstner (Nat.): Die Seefahrtsschulen sind möglichst zu fördern, einer Aufhebung der bestehenden Schulen widersprechen wir.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung. **Schluß 5 Uhr.**

Sitzung vom 14. März.

Am Ministertische: Dr. Sydow.
Die Beratung der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (fr.) befragt über die Erhaltung und Ausgestaltung der Seefahrtsschulen.

Der Regierungsvertreter gibt die Unzulänglichkeit und Reformbedürftigkeit der preussischen Seefahrtsschulen zu.

Abg. Hasse (Z. Vpt.) bemängelt die geringe Berücksichtigung des Handwerks durch die Kriegsämter, obwohl sich diese zu Wertgenossenschaften zusammengeschlossen haben. Abg. Leinert (Soz.) wandte sich gegen die Kriegsziele des Ministers Sydow vom Mittwoch und meinte, daß nur bei einem Verständigungsfrieden unser Rohstoffbezug aus dem Ausland gesichert sei. Handelsminister Sydow erwiderte, daß auch die englischen Arbeiterfreije Deutschland vom Weltmarkt verdrängen wollen. Deutschland soll nicht mehr unabhängig sein. In der elsass-lothringischen Frage sei die Haltung der englischen Arbeiter mindestens unklar, jedenfalls haben die deutschen Arbeiter bei der ausländischen Arbeiterschaft kein Entgegenkommen zu erwarten. Im übrigen müßte der Redner ihn in der elsass-lothringischen Frage ganz mißverstehen haben. Wir müssen Rohstoffe aus dem Ausland haben. Das billigen uns die Feinde nicht zu, und deshalb müsse der Krieg zu einem friedlichen Ende geführt werden. Ob das nachher Verständigungsfriede oder Gewaltfriede genannt werde, sei gleich. Nur darauf komme es an, was in dem Friedensvertrag stehe, und daß wir statt genug seien, dessen Durchführung durchzusetzen.

Der Etat wurde genehmigt.

Der Kommissionsantrag über die Seefahrtsschulen wurde angenommen.

Der Antrag Bell betreffend Regelung der Übergangswirtschaft wurde angenommen.

ebenso ein Antrag Hammer betreffend Revision der Kriegswucherordnung.

Es folgte die Beratung des

Staats des Finanzministeriums.

Zunächst fand eine allgemeine Besprechung über Finanz- und Steuerfragen statt.

Abg. v. Hennig-Teichlin (Kon.): Wir empfehlen die Annahme der Kommissionsanträge. Danach sollen den Kreisen und Gemeinden ihre Leistungen für die Familienangehörigen von Kriegsteilnehmern möglichst schnell ersetzt werden. Die Bezüge der Kriegsbekleidigten sollen der Teuerung entsprechend erhöht werden. Ferner wird die Vorlegung einer Neuordnung der Einkommen- und Erbschaftsteuer gefordert. Das Reich soll beim Wiederaufbau seiner Finanzen von jedem weiteren Eingriff in die Besteuerung des Einkommens und Vermögens absehen. Bei der Veranlagung ist vor allem eine strenge und gerechte Einkünfteprüfung erforderlich. Die Vermögensabgabe würde nicht nur die Großkapitalisten, sondern auch die mittleren Steuerklassen treffen. Unsere preussischen Finanzen sind gelund; aber wir müssen gegen die Ansprüche des Reiches nicht nur auf finanztechnischem, sondern auch auf politischem Gebiet gekämpft werden.

Abg. Dr. Reil (Nat.): Die Übersicht über die Staatsmacht trotz des Krieges einen günstigen Eindruck. Die preussischen Komitols stehen normal. Der Verlegung des Oberpräsidiums von Potsdam nach Berlin stimmen wir zu, nicht aber der Verlegung des Oberpräsidiums von Schleswig nach Kiel. Redner begründete den Antrag Schifer (Nat.), der die Regierung um Maßnahmen zur Erweiterung des finanzwirtschaftlichen Unterrichts an den Universitäten und um eine größere Bewertung bei der Ausbildung der Beamten ersucht.

Finanzminister Herzog: Die Regierung ersucht das Haus um Bewilligung der mit der Verlegung des Oberpräsidiums von Potsdam nach Berlin verbundenen Kosten. Die Verlegung des Oberpräsidiums von Schleswig nach Kiel ist nur eine Kriegsmassnahme. Die Übertragung der von den Kommunen ausgelegten Kosten für Familienunterstützungen soll häufiger und schneller als bisher erfolgen. Es wird Sorge getragen werden, daß bei künftigen Reichsteuern auch für die Kommunen ein Anteil herauskommt. Dadurch kann der Grundlohn für den Lastenausgleich gegeben werden. Es ist ein Erlaß erlassen, nach dem eine Ermäßigung der Steuer der Kriegsbekleidigten erfolgen soll. Was den Antrag der Kommission über Neuordnung der Einkommen- und Erbschaftsteuer betrifft, so wird im nächsten Jahre eine Steuerrnovelle kommen, durch welche nicht endgültig, aber vorläufig Ordnung geschafft wird. Bei der jetzigen Veranlagung wird nicht alles herausgeholt, was herausgeholt werden kann. Wir werden rasch vorgehen müssen, um auf diesem Gebiete Besserung herbeizuführen. Wir werden ein Netz von hauptamtlichen Kommissaren über das ganze Land ziehen müssen. Was das Verhältnis des Reiches zu den Bundesstaaten betrifft, so dürfen den Bundesstaaten unter keinen Umständen die laufenden Steuern genommen werden, ebenso wenig darf durch eine Zwischenschaltung ein Eingriff in das direkte Steuersystem erfolgen. Es ist eine Abwidmung, daß an eine Vermögensabgabe von 20 Prozent und mehr gedacht werden soll. Das würde ein unerträgliches Zustand sein.

Abg. Dr. von Wogna (Freikon.): Die neuen Steuern müssen so aufgebaut werden, daß sie die Erzeugung nicht unterbinden, sondern fördern.

Weiterberatung Freitag, 11 Uhr, außerdem Staatsnocheh.

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 13. März.

Am Bundestische: v. Scheuch, v. Stein.
Vizepräsident Dove eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung stand die Interpellation des Zentrums, betreffend die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes.

im Handwerk, Kaufmannsstand und der Kleinindustrie.

Auf Befragen erklärte sich Staatssekretär v. Stein zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung führt Abg. Zrl (Ztr.) aus: Das Handwerk zeigt in den letzten Jahren Zeichen eines neuen Aufschwunges. Da kam der Krieg dazwischen und brachte viel Elend über diese Kreise. Für den neuen Mittelstand, die Privatbeamten, Techniker usw. ist durch soziale Einrichtungen, wie die Privatangestelltenversicherung gelogt worden. Nicht so für die Familien des alten Mittelstandes. Die Familienunterstützungen für die eingezogenen Handwerker reichen nicht aus. Mangel an Rohmaterial und andere Umstände richten das Gewerbe systematisch zugrunde. Wir wollen wissen, wie das neue Reichswirtschaftsamt sich zu diesen Fragen stellt. Die Erhaltung des Handwerks ist für Stadt und Land eine Lebensnotwendigkeit. In den Großbetrieben werden keine Handwerker herangebildet. Nur durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Verlogung mit Rohstoffen und Gewährung von Krediten ist es möglich, den Mittelstand zu retten. (Beifall.)

Staatssekretär Freiherr v. Stein: Die Regierung kennt die schwierige Lage des gewerblichen Mittelstandes. Ein Programm zur Behebung der Missetände kann noch nicht vorgelegt werden. Hier spricht die Frage des Mangels der Rohstoffe und der Arbeitskräfte sehr erheblich mit. So weit es möglich ist, ist dafür gelogt worden, daß stillgelegte Betriebe von den weiterarbeitenden entschädigt werden. Die Hauptfrage ist die, daß die kleinen Betriebe möglichst bald wieder vollkommen ausgenommen werden können. Eine weitere Stilllegung von handwerksmäßigen Betrieben soll möglichst nicht mehr erfolgen. Wenn notwendig, werden die zuständigen Stellen vorher befragt werden. Wir wünschen, daß alsbaldige Rückkehr zur Freiheit des Handels und des Verkehrs eintreten möge. Neben der Rohstoffbeschaffung kommt die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften beim Handwerk in Betracht. Speziell die Erziehung des Nachwuchses. Notwendig wird die Revision der Gewerbeordnung sein. Welche Aufwendungen möglich sein werden, steht noch dahin. Die Regierung ist entschlossen, an ihrem Teile zu helfen, um die Wunden zu heilen, die dem Volkskörper durch den Krieg geschlagen worden sind.

Auf Antrag des Abg. Groeber (Ztr.) fand Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Brühne (Soz.): Nach Beendigung des Krieges werden die aus dem Felde heimkehrenden Handwerker sich in Massen der Sozialdemokratie anschließen. Der Krieg besorgt die Vernichtung des kleinen Gewerbes.

Abg. Doorman (Fortf. Vpt.): Die Parteien sind sich darüber einig, daß dem Mittelstande geholfen werden muß, uneinig nur über die einzuschlagenden Wege. Selbsthilfe halten wir noch für das zweckmäßigste, insbesondere auf genossenschaftlichem Wege. Das Handwerk muß außer vom Heer und von der Marine auch von den anderen großen Verwaltungen Lieferungsanträge erhalten. In Organisationen fehlt es dem Handwerk nicht. Neben die beruflichen Organisationen müssen die wirtschaftlichen treten. Am allerwertesten hat der kaufmännische Mittelstand gelitten, dem nicht die gleichen Sympathien wie dem Handwerk gewidmet wurden.

Abg. Lühel (Nat.): Die finanzielle Hilfe des Reiches genügt für das Handwerk nicht. Es muß für Rohstoffe gelogt werden, für deren Beschaffung in den Friedensverträgen besondere Bestimmungen zu treffen sind. Auch für Werkzeuge und Maschinen muß Sorge getragen werden. Für die Rohstoffbeschaffung müssen dem Handwerk angemessene Kredite gewährt werden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag, 2 Uhr vertagt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Tageschau.

Antworttelegramm des Kaisers an den kurländischen Landesrat.

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben dem Baron von Rahden-Rahhof in Mitau als Vorstehendem des kurländischen Landesrats folgendes Telegramm zugehen lassen:

Mit herzlichster Freude habe ich die Mir im Namen des kurländischen Landesrats übersandten treuen Grüße empfangen. Mein Herz ist tief bewegt und von Dank gegen Gott erfüllt, daß es Mir vergönnt gewesen ist, deutsches Blut und deutsche Kultur vor dem Untergang zu retten. Gott segne Ihr Land, dem deutsche Treue, deutscher Mut und deutsche Ausdauer das Gepräge gegeben haben.

Wilhelm I. R.
Zur Ergänzung tragen wir nach, daß in der Sitzung des kurländischen Landesrats namens der Vertreter des lettischen Klein- und bühnigen Gutsbesitzer A. Meschneel folgende Erklärung abgab: „Indem wir den Vorschlägen zustimmen, wollen wir noch besonders den Wunsch der lettischen Bevölkerung zum Ausdruck bringen, daß die lettischen Teile des Baltenslandes nicht auseinandergerissen, sondern dauernd vereint bleiben. Es liegt uns ferner am Herzen, zu betonen, daß die lettische Landbevölkerung nicht einen eigenen Herzog, sondern den Deutschen Kaiser und König von Preußen als Herrscher zu haben wünscht, zu dessen gerechter und fester Regierung wir volles Vertrauen haben.“

Zur Geschäftslage des Reichstages.

Der Astenrat des Reichstages trat am Donnerstag vor Beginn der Vollversammlung zusammen und einigte sich dahin, am Freitag kleinere Vorlagen zu erledigen. Der Sonnabend bleibt, wie bereits in einer früheren Sitzung beschlossen worden ist, sittingsfrei zur Beratung des Hauptauschusses. Am kommenden Montag wird der Haushaltsplan für das auswärtige Amt in der Vollversammlung zur Beratung kommen, Dienstag der Friedensvertrag mit Rußland und am Mittwoch die Kreditvorlage. Die folgenden Tage bis zum Beginn der Osterferien sollen der weiteren Etatsberatung gewidmet sein.

Gegenentwurf über die Veranstaltung von Lichtspielen.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Veranstaltung von Lichtspielen zugegangen, der die gewerbmäßige Veranstaltung von Lichtspielen vom 1. März ab an eine Erlaubnis knüpft und für Zuwiderhandlungen Geldstrafen oder Haft vorseht.

Über die Reichstagswahl in Niederbarnim, die am Donnerstag stattfand, lag amends 11,45 Uhr folgendes Ergebnis vor: Wisell (Soz.) 26,694, Breißfeld (unabh. Soz.) 17,815, Stadtsyndikus Dr. Marekly (nationallib.) 7083, Eisenbahnbeamter Hoffmann (fr.) 5676, Amtsvorsteher Kühn (kon.) 4196, ungültige Stimmen 169, zerplitterte 56 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen den beiden Sozialdemokraten erforderlich.

Zum Ausgang der Wahl in Niederbarnim jagt der Berliner „Vorwärts“: Das Resultat bedeutet eine Katastrophe für die unabhängigen Sozialdemokraten und das umso mehr, als sie nicht sagen können, daß Wisell seinen zu erwartenden Sieg in der Stichwahl der Hilfe des Bürgerturns verdanken werde. Mit dieser Hilfe könnten allein die Unabhängigen liegen. Die Berliner „Volkzeitung“ schreibt: Der Ausgang der Stichwahl ist zwar sicher, dennoch komme es darauf an, den Sieg der Reichstagsmehrheit durch eine große Majorität für Wisell so einträchtig wie möglich zu gestalten. Die „Post“ meint: Der Wahlkampf was diesmal schärfer als je im Frieden, die Beteiligung die gleiche, wenn man bedenkt, daß 45 % der Wähler im Felde steht.

Finische Gesandtschaft in Berlin.

Nachdem in Voraussetzung der Befestigung des abgeschlossenen Friedensvertrages die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland aufgenommen worden sind, ist in Berlin eine finnische Gesandtschaft eingerichtet worden, die unter Leitung des Gesandten Wirklichen Staatsrats Dr. Hjelt ihre Tätigkeit begonnen hat. Die Geschäftsräume der Gesandtschaft befinden sich: Wichmannstraße 28, II.

Entlassung der ältesten Landsturmjahrgänge in Österreich.

Am Donnerstag Vormittag fand in Wien eine Besprechung der Klubmänner aller Parteien des Abgeordnetenhauses statt über die Frage der Entlassung der ältesten Landsturmjahrgänge. Der Landesverteidigungsminister von Czapp erklärte: Die Ansicht, durch die Entlassung der Offiziere könnte die Beurlaubungen in weitestem Masse gerechnet werden, sei nach den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründet. Man könne nicht alle an der Offizierschule stehenden Formationen von dort abziehen, weil die gegenwärtigen Verhältnisse im Osten es noch nicht zuließen. Der Minister teilte einen kaiserlichen Armeebefehl über die Entlassung der Landsturmjahrgänge 1867, 1868 und 1869 mit und fügte hinzu, daß die Mannschaften der Jahrgänge 1870 und 1871 nach Maßgabe der aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden tauglichen Kriegsgefangenen jüngerer Jahrgänge aus der Front gezogen und im Hinterland verwendet werden sollen. Ministerpräsident Dr. von Seidler wies darauf hin, daß durch den Willen des Kaisers einem der dringlichsten Wünsche der Bevölkerung Rechnung getragen, und daß auch eine gewisse Entlastung des Parlaments eingetreten sei. — Nach weiterer Mitteilung aus Wien hat der Kaiser ein Allerhöchstes Handschreiben erlassen, dem zufolge die Angehörigen des gemeinsamen Heeres, der Kriegsmarine und der Landwehr des Geburtsjahrganges 1867 mit Beginn des 15. Januar, Endtermin Ende Mai 1918, des Geburtsjahrganges 1868 mit Beginn des 1. Juni, Endtermin 15. September 1918 und des Geburtsjahrganges 1869 mit Beginn des 16. September, Endtermin 31. Dezember 1918 zu beurlauben sind.

Ein allföherer Schiffsahrtshand.

Neuer Bericht: Zur Regelung der Schiffsahrt der Allierten haben am 11. März in London Beratungen zwischen Delegierten aus Frankreich,

Klassen, den Vereinigten Staaten und England begonnen. Es wird ein gemeinsamer Schiffsfahrtsrat gebildet werden, der dafür zu sorgen hat, daß von Seiten der vier Mächte die Einfuhr in die verschiedenen Länder im Zusammenhang mit dem verfügbaren Schiffsraum und unter Berücksichtigung des militärischen Bedarfs geregelt wird. Dem Schiffsfahrtsrat wird eine dauernde Organisation, die aus einer italienischen, französischen, amerikanischen und britischen Abteilung besteht, unterstellt werden.

Ärztliche Hilfe in Japan.

Die „Times“ erfahren aus Tokio, daß die internationalen Angelegenheiten hauptsächlich innerpolitischen Fragen untergeordnet seien, da

das Kaiserreich in einer vorübergehenden Notwendigkeit sei. Ein Industrieland habe sich neuerlich in einer Weise entwickelt, die den Rücktritt des Kabinetts zur baldigen Folge haben könnte.

Weitere Einziehungen in Amerika.

Wie aus Washington gemeldet wird, ist an weitere 95 000 Mann der Befehl ergangen, sich zur Einziehung nach den Übungslagern bereit zu halten. Dies ist die letzte Einstellung aufgrund des ersten Stellungsauflaufs.

Strafzug nach

in, wie die „Times“ aus Valparaiso melden, dort angekommen.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. März 1918.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden die Entwürfe zu Gesetzen betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1918 und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges angenommen.

Die Braunschweig-Hannoversche Hypothekendarlehnbank zeichnet auf die achte Kriegsanleihe wieder wie bei den sieben vorhergehenden eine Million Mark. Die Asbest-Gummierwerke Alfred Calmon, A.G., Hamburg, beteiligen sich an der 8. Kriegsanleihe mit zwei Millionen.

Ausland.

Paris, 13. März. Die Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Biarritz, wonach gestern Marquis Delmuni, der spanische Botschafter in Paris, an einer Lungenentzündung gestorben ist.

Mannigfaltiges.

(Ein Polizeibeamter von Hamburgeren erschossen.) Wie aus Rettungshausen bei Lippstadt berichtet wird, wurde dort ein Polizeibeamter von Hamsterern, die er verfolgte, aus dem Hinterhalt erschossen. Die Hamsterer, vier Männer, die in einem Busch im Walde lagen, sind leider entkommen.

Abtrennen und aufbewahren!

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Thorn.

15. März 1918.

Annahme von Kriegsanleihe an Zahlungsstatt.

Bei den Verkäufen und Versteigerungen aus Beständen der Heeres- und Marineverwaltung, die für Kriegszwecke nicht mehr benötigt werden, kann die Zahlung vorzugsweise durch Eingabe von Kriegsanleihe geleistet werden. Diese Vorschrift erstreckt sich auf alles, was bei der Demobilisierung zur Abgabe an die Bevölkerung frei wird, also insbesondere auf Pferde, Fahrzeuge und Geschütze, Feldbahngeräte, Motorlokomotiven und Kraftfahrzeuge nebst deren Zubehör; Futtermittel und sonstige Vorräte; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Werkzeug; Fabrikmaschinen mit den dazugehörigen Maschinen und Geräten; Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstiges Baumaterial; Wohnhölzer und Rohstoffe aller Art. Käufer, welche die Bezahlung in Kriegsanleihe anbieten, werden bei sonst gleichen Geboten in erster Linie berücksichtigt. Die Kriegsanleihe wird zum vollen Nennbetrage anzurechnen und bis zur Höhe des Kauf- oder Zuschlagspreises in Zahlung genommen. Als Kriegsanleihe gelten die 5%igen Schuldverschreibungen aller Kriegsanleihen ohne Unterschied sowie die erstmalig bei der 6. Kriegsanleihe ausgegebenen 4 1/2%igen anslasbaren Schatzanweisungen.

Der Magistrat.

Einschulung der schulpflichtig werdenden Kinder.

Das neue Schuljahr beginnt am 9. April 1918. Eltern, Vormünder und Pfleger schulpflichtiger, noch nicht eingeschulter Kinder erinnern wir daran, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen zum bevorstehenden Einschulungstermin diejenigen Kinder als schulpflichtig zur Einschulung gelangen müssen, die das 6. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 30. Juni 1918 vollenden. Die höheren Schulen geben ihre Aufnahmetage besonders bekannt. Die Aufnahmetage der Volksschulen sind festgesetzt: Thorn 1. Gemeindeschule (Baderstr. 49) Freitag, 22. März 1918, vormittags von 9 Uhr ab, 2. Gemeindeschule (Gerkenstr.) Donnerstag, 21. und Freitag, 22. März 1918, vormittags von 9 Uhr ab, 3. Gemeindeschule (Schulstr. 6/8) Donnerstag, 21. und Freitag, 22. März 1918, vormittags von 9 Uhr ab, 4. Gemeindeschule (Weidischertr. 42/44) Freitag, 22. März 1918, vormittags von 9 Uhr ab. Thorn-Moder Evangelische Anabaptische (Schulgebäude, Bienenstr.) Freitag, 22. März 1918, von 9 Uhr ab, Katholische Anabaptische (Lindenstr. 22 u. Goethestr. 3) Dienstag, 9. April 1918, vormittags von 9 Uhr ab im Rektorzimmer, Evangelische Mädchen (Schulgebäude Bienenstr.) Freitag, 22. März 1918, vormittags von 9 Uhr ab, Katholische Mädchen (Schulgebäude Bienenstr. 5) Freitag, 22. März 1918, vormittags von 9 Uhr ab. Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung hat die Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zur Folge. Zur Anmeldung sind die Geburts- und Taufsurteile der Kinder, für evangelische Kinder außerdem die Taufsurteile beizubringen. Thorn den 3. März 1918.

Schuldeputation.

Bermehrter Kartoffelanbau.

Im Interesse unserer Volksernährung ist es von größter Bedeutung, den Kartoffelanbau so zu fördern, daß in diesem Jahre nicht nur die Anbaufläche von 1916 wieder erreicht, sondern diese vielleicht noch überschritten wird. Um dieses zu erreichen, ist es erforderlich, daß jedes Stückchen Land, sei es auch noch so klein, mit Kartoffeln bebaut wird. Wir richten deshalb an alle Einwohner des Stadtkreises die Bitte, den Kartoffelanbau nach dieser Richtung hin mit aller Mühe zu fördern, damit das große Ziel einer erheblich vermehrten Kartoffelerzeugung erreicht wird. Bei Verwendung von anerkanntem Saatgut können staatliche Zuschüsse zur Beschaffung desselben gewährt werden. Bestellungen auf Saatkartoffeln werden im städtischen Verteilungsamt Culmerstraße 16, Zimmer 10, entgegengenommen. Thorn den 12. März 1918.

Der Magistrat.

Saatkartoffel-Bestellung.

Bestellung auf Saatkartoffeln werden jetzt schon von Bewohnern des Stadtkreises im städt. Verteilungsamt 1, Culmerstraße 16, Zimmer 10, entgegengenommen. Bei Abgabe der Bestellungen sind Bescheinigungen der Polizei-Revierbeamten über die Größe der Kartoffelanbaufläche vorzulegen. Thorn den 12. März 1918.

Der Magistrat.

Verlust von Lebensmittelfarten.

Für die Braunkohl- und Lebensmittelfarte. Nehmt beim Ausgange nie mehr Karten mit, als verbraucht werden sollen. Verlust der Karten bedeutet Hungerleiden. Erfolg kann nicht gegeben werden. Der Magistrat.

Der Magistrat.

Die Musterung

Der wegen körperlicher Fehler zurückgestellten Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1869 bis einschl. 1899 und der unausgebildeten Landsturmpflichtigen des Jahrgangs 1900 finden statt vom

Montag den 18. März d. Js. bis einschl. Freitag den 22.

im Lokale des Restaurateurs **Hildebrandt, Mauerstr. Nr. 62/64.** Es haben sich zu stellen:

am Montag den 18. März d. Js. die Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1869 bis einschl. 1899, diesen wird noch ein Gestellungsbefehl zugehen,

am Dienstag den 19. März d. Js. die Mannschaften des Jahrgangs 1900, deren Namen mit dem Anfangsbuchstaben A-H beginnt,

am Mittwoch den 20. März d. Js. diejenigen, deren Namen mit dem Anfangsbuchstaben I-N beginnt,

am Donnerstag den 21. März d. Js. diejenigen, deren Namen mit dem Anfangsbuchstaben O-S beginnt,

am Freitag den 22. März d. Js. diejenigen, deren Namen mit dem Anfangsbuchstaben T-Z beginnt. Eine Beobachtung der Mannschaften des Jahrgangs 1900 findet nicht statt.

Die Musterung beginnt an jedem Tage um 8⁰⁰ vormittags, die Gestellungspflichtigen haben sich mindestens 1 Stunde vorher, also um 7⁰⁰ vormittags, nüchtern und in sauberem Körperzustande im Lokale einzufinden. Die an einer inneren Krankheit Leidenden haben ein ärztliches Zeugnis am Tage der Musterung mitzubringen. Thorn den 14. März 1918.

Der Vorsitzende der Gelakommission Thorn-Stadt.

Die trigonometrischen Marksteine.

Die seit einigen Jahren von der trigonometrischen Abteilung der königlichen Landesaufnahme angefertigten Prüfung von trigonometrischen Punkten hat ergeben, daß die Marksteine zum Teil ganz verschwunden, zum Teil aus dem Ader herausgenommen und am Wall oder im Graben niedergelegt, zum Teil aus Ort und Stelle liegend zertrümmert sind. Die Befugten sind fast ausnahmslos im Anhalten über den Fundort und Wert der trigonometrischen Marksteine. Sie beehren die Marksteinschutzflächen in dem Glauben, daß ihnen zwar der Boden nicht gehöre, ihnen aber die Kaputtlegung überlassen sei. Diese Annahme ist irrig. Die Marksteinschutzfläche, d. i. die kreisförmige Bodenfläche von 2 qm um den Markstein, darf nicht vom Pfluge berührt werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 370,1 des R.-Str.-G.-B. mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

Durch das Anpflanzen und Eggen der Marksteinschutzflächen entstehen die häufigen Verdrängungen und Beschädigungen der Marksteine; mit der geringsten Verdrängung ist aber der Punkt zerstört und kann nur unter Anwendung von erheblichen Kosten von Technikern der Landesaufnahme wiederhergestellt werden. Die Verdrängung von trigonometrischen Punkten der preussischen Landesaufnahme ist nach § 304 des R.-Str.-G.-B. strafbar und wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. geahndet. Die Polizeibehörden sind angewiesen, die trigonometrischen Punkte regelmäßig zu überwachen und vorzunehmende Veränderungen der Schutzflächen oder Beschädigungen der Steine unmissverständlich zu verfolgen.

Thorn den 30. Dezember 1910. **Königliche Regierung, Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten A.**

Verdichtlicht Thorn den 8. März 1918. **Der Magistrat.**

Fleischmarken

Dürfen von den Fleischverkaufsstellen nur für die laufende Woche angenommen werden. Restbestände dürfen am Sonntag gegen Marken der nächsten Woche zum Verkauf gelangen. Thorn den 14. März 1918. **Der Magistrat.**

Belanntmachung

betreffend den Tarif für das Großhandlungsgewerbe in Thorn. Für Fahrten mit bespannten Droschken dürfen bis auf weiteres die doppelten Gebühren der Friedenspreise

Belanntmachung

betreffend den Tarif für das Großhandlungsgewerbe in Thorn. Für Fahrten mit bespannten Droschken dürfen bis auf weiteres die doppelten Gebühren der Friedenspreise

erhoben werden. Der bisherige Kriegszuschlag fällt alsdann fort. Bitte Fahrten mit Kraftdroschken bleibt Stufe III des Friedensstarifs mit 1/2 Kriegszuschlag bestehen. Thorn den 11. März 1918. **Die Polizei-Verwaltung.**

In verkaufen

Meine Hausgrundstücke bin ich willens unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle der „Presse“.

Derich, nußt. Möbel zu ver. Mintner, Gerechtigkeitsstr. 30.

Ein. Bettgestelle, 2 Sub. Personalbetten, sowie Rest. Hochlöse u. a. Geschäfte preiswert zu verkaufen. Mühlstr. Markt 8, 2.

2 Dubend Rekonstruktionsküche, Küchenmöbel, neue Bettgestelle mit Boden zu verkaufen. Mintner, Gerechtigkeitsstr. 30.

Elektr. Lampen (Tompl.), 1 Stockhänder, Zigarettenstagerer, 1 Koulensch, 1 Bodenwanne, 1 Handtelefon, Tabakgeräten, Zigaretten- und Zigarettenstagerer, 1 Postkartensystem, 1 Dekorations-Glasstube wegen Aufgabe des Geschäftes verkauft. Zigarettenhandlung Thorn, Coppersmühlstr. 37.

Zwei gut erhaltene Nähmaschinen hat zu verkaufen Frau Frenschek, Silesierstr. 9.

Ein gut erhaltenes Herren-Damenfahrrad zu verkaufen. Wilhelmplatz 7-8.

1 Kinderwagen ist zu verkaufen. Strobandstr. 7, 1 Tsp.

Gaskocher, zweifach, zu verkaufen. Köhlerstr. 20, 2 Treppen, rechts.

Ein gut erhaltener Gaskocher zu verkaufen. Mauerstraße 38, 1.

Münzenammlung, Taler und Medaillen (Seltenerheiten) preiswert zu verkaufen. Angebote unter V. 771 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Mandoline zu verkaufen. Rentstr. Markt 22, ptr. Zu verkaufen: ein Sattel mit Zaumzeug, 1 gut erh. eichenes, mod. Bettgestell u. Rest. Bronzegeräte 70, Gedg.

Strauchhausen verkauft Julius Rosch, Benjan, Kreis Thorn.

PIANOS
erfahrender Marken
in moderner Ausführung, einige noch aus Friedensmaterial, mit Porgeschrieben, Kupferstücken und prima-Falz empfiehlt
Musikhaus W. Zielke.
Begründet 1875.

Grabdenkmäler
in Granit, Marmor u. Kunststein, sowie Grabhellen in reeller Ausführung
R. Müller, vorm. Meyer, Strohofstraße 14.

Ein kräftiges, starkes **Arbeitspferd** zu verkaufen Thorn, Marienstraße 9. Zwei hochtragende **Ziegen** stehen zum Verkauf. Hoffstraße 16. Wegen Umplanung größere Mengen **Buchsbaum** zum Einschneiden von Grabstätten zu verkaufen: **v. Klimski, Mühlstr. 21, Post. Beilisch.**

1000 m Buchsbaum, dunkelgrün, gibt ab **W. Heutling, Goltzan, Post. Lauer.** Sasse etwas **Kleesamen** abgegeben. E. Warnitz, Zeimont.

Gute Deckbretter im ganzen zu verkaufen. Zu erfragen Baderstraße 5, 2 Tsp.

Ellern-Holz zu verkaufen. Grandemühlstraße 154.

10 m Ellernholz hat abgegeben **Max Büssel, Schwarzenbrunn.**

Zu kaufen gesucht Ein gut erhaltenes Schlafzimmer und andere Möbel zu kaufen gesucht. Angebote unter E. 755 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Ein Hand gut erhaltenes Bett, zwei gut erhaltenes Kissen, zu kaufen gesucht. Angebote unter D. 779 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Ein eisernes Bettgestell mit Matratze zu kaufen gesucht. Angebote unter L. 761 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Siphon oder Schreibstift für alt zu kaufen gesucht. Angebote unter V. 746 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Schreibmaschine von Privatmann zu kaufen gesucht. Fabrikant und Preisangabe. **A. Hannel, Leipzig, Poststr. 2.**

Rohrplattenkoffer, gut erhalten und modern, zu kaufen gesucht. Angebote unter Y. 774 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Ein gut erhaltener **Kinderwagen** zu kaufen gesucht. Angebote unter R. 767 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Eine Châtelongue-Deide zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter E. 752 an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Drilling zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter E. 752 an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Gebr. Gezier zu kaufen gesucht. Angebote unter T. 769 an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Weisskohl, rote Speisekohlen, Zwiebeln, rote Beete, in jeder Menge auf Bestellung vorrätig.
F. Krefeldt, Thorn, Brückenstraße 38, Beauftragter der Stadt Thorn.

Brettleider-Gummi-Holz-Sohlen sowie Absatz.

Sohlenmacher aus Leder, Stahl, Vulkanfibre, Lederfett, Lederkreme, Lederöl, Lederwachs- u. Pech, Einlegesohlen, prima Schnürsenkel, Holz- und Eisenleisten, Nähhaken usw. empfiehlt, ebenso

Taschenlampen, Batterien, Gasstrümpfe und Zylinder.

Zeltnisches Geschäft, Seglerstraße 31, Telefon 59.

Germania-Haubennecke große Stirnecke Stück 1.15 Mark, Stück 1.15 Mark.

Saargeflechte zur modernen Feisar und prachtvolle Stoffe jetzt sehr billig. **H. Araczevski, Culmerstr. 24.**

500 Feldpostkartons im ganzen oder einzeln hat noch abgegeben **Zigarettengeschäft Thorn, Reddenstraße 6.**

Hausgrundstücke beliebt, erstklassig, mit und ohne Amortisation, Hypothekendarlehen durch **Direktor Knoche, Culmsee.**

Formonintabletten, Salznatalpastillen, Sulfonobonbon, Sulfentabletten, Sulfentropfen, Emser- u. Badener Pastillen empfiehlt **Hugo Claass.**

Juckkrätze besorgt in etwa 2 Tagen ohne Fernschreibung, geruch- und farblos. Mässiger Preis. Aorant-empfohlen. **L. Fabricius, Vornwinkel Bld. 59, Gustavstrasse. Vers. unanfall. Nachnahme n. Paris.**

Alte Schallplatten, auch Bruch, kauft zu höchsten Preisen **W. Zielke, Coppersmühlstraße 22.**

Schäferhund, reinrassig, Rüde oder Hündin, aus Jungtieren, zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote mit Preisen unter **C. 313 an Hansenstein & Vogler, Königsberg i. Pr., erbeten.**

Grammophon oder Phonograph zu kaufen gesucht. Angebote unter **W. 772 an die Geschäftsstelle der „Presse“.**

Suche größeren Posten **Buchsbaum** zu kaufen. **F. Jenz, Mühlstr. ev. Kirchhof.**

Blumentöpfe. Kaufe jeden Posten leere, gebrauchte **H. Salzbrunn, Güterverkehrsamt, Thorn-Moder, Lindenstr. 19.**